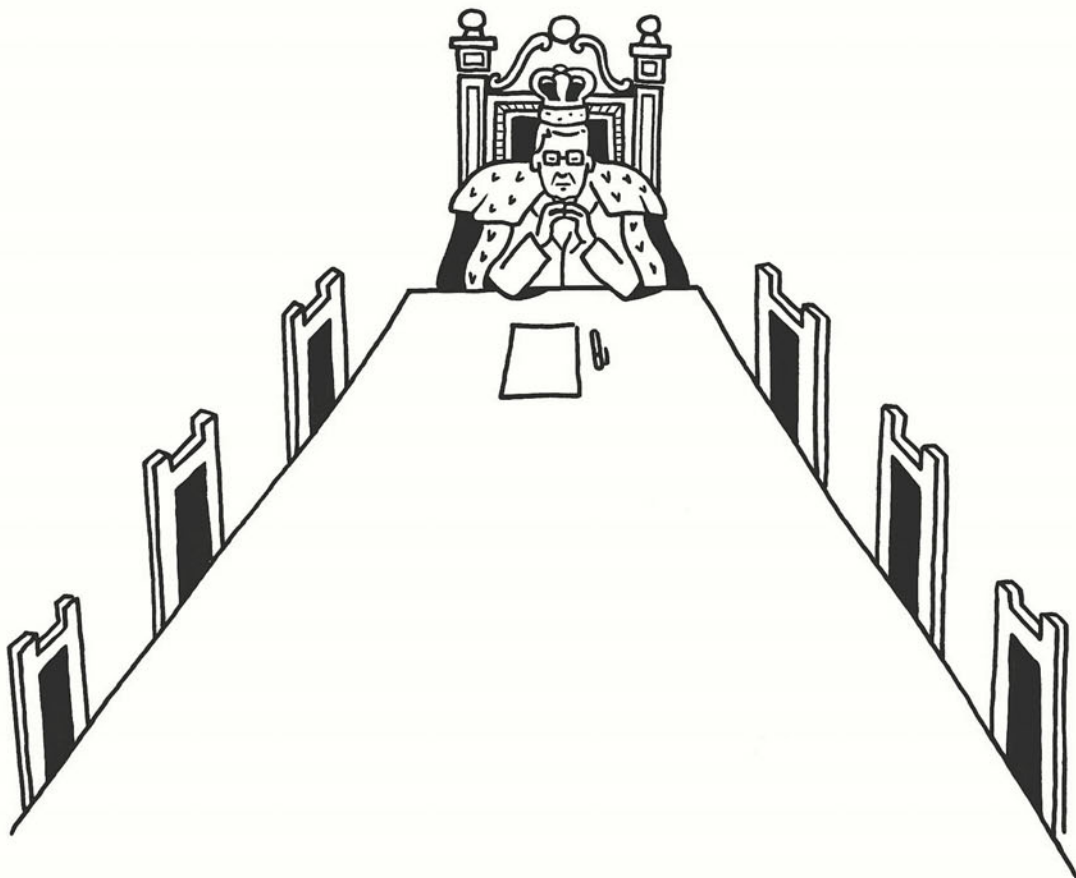




L'Uni, c'est moi

Die Uni-Präsidenten, einst nette Grüßauguste, regieren heute ihre Hochschulen wie Königreiche. Sie verfügen über ungeheure Macht, manche missbrauchen sie. Jetzt regt sich Widerstand: gegen Mauscheleien, zu hohe Gehälter und irrwitzige Prestigeprojekte.

VON SVEN BECKER (TEXT)
UND SEBASTIAN IWOHN (ILLUSTRATIONEN)

Der Chauffeur wartet bereits, als der Präsident nebst Gattin das Büro verlässt. Jetzt aber schnell, in weniger als einer Stunde spielt die Bayerische Staatsoper das neue Werk des Komponisten Jörg Widmann. Der Präsident lässt sich auf den Beifahrersitz des Audi A8 fallen. Der Fahrer hält der Gattin die Hintertür auf. Dann braust die Limousine durch den Herbstabend davon.

Wolfgang Anton Herrmann, seit 17 Jahren Präsident der Technischen Universität München, verkörpert wie kein anderer den barocken Campus-König: Die Universität, das bin ich!

Herrmann, 64, regiert über 13 Fakultäten, 478 Professoren und 32 000 Studierende. In seinem Stab arbeiten knapp 30 Mitarbeiter. Herrmann hat eine Außenstelle in Singapur und ein Lobbybüro in Brüssel gegründet. Während seiner Regentschaft errang die Uni zweimal den Exzellenztitel.

Der Chauffeur stoppt vor den korinthischen Säulen der Staatsoper. Im Zuschauerraum, umgeben von goldenem Zierrat, nimmt Herrmann neben seinen Gästen Platz; es ist eine Gruppe von Wissenschaftlern, sie haben die Fakultät für Bauwesen begutachtet und ihm am Nachmittag ihren Bericht vorgestellt. Zur Belohnung hat Herrmann sie auf TU-Kosten in die Oper



eingeladen, die Karte kostet 118,50 Euro pro Stück. »Das muss man sich schon mal gönnen«, sagt Herrmann.

Willkommen in der Glitzerwelt der Hochschulpräsidenten. Sie messen ihre Häuser an den Spitzen-Unis weltweit, antichambrieren in den Ministerien, treiben Drittmittel auf und Prestigeprojekte voran. Während Juniorprofessoren um ihre Zukunft bangen und Studenten in überfüllten Hörsälen Credit Points

sammeln, verfügen ihre Präsidenten über luxuriöse Dienstwagen, geben bei Stararchitekten Protzbauten in Auftrag und führen sich insgesamt so auf, als wären sie CEOs von Dax-30-Unternehmen.

Die Hochschulreformer wollten, dass die Unis selbständiger handeln, sich selbst um ihre Finanzen und ihre Exzellenz kümmern können. Gute Idee. Sie wollten auch, dass nicht mehr alles in den Gremien der Universitäten blockiert werden kann. Gute Idee. Offenbar vergaßen die Politiker jedoch, dass die neuen Machthaber strenge Kontrolleure brauchen. Jetzt kommen die Auswüchse der Reformen zum Vorschein. Die Hab-sucht mancher Präsidenten beispielsweise.

In Thüringen hat der Landesrechnungshof in seinem letzten Jahresbericht die steigenden Gehälter der Hochschulpräsidenten gerügt. An sieben von neun Thüringer Unis sei ihre Besoldung unangemessen hoch. Der »gravierende Anstieg« lasse sich auch nicht mehr mit der neuen Bedeutung der Hochschulen begründen. An einer Uni in Niedersachsen lag das Gehalt eines Präsidiumsmitglieds gleich vier Besoldungsstufen über den Vorgaben des Ministeriums. »Wir bemerken eine gewisse Selbstbedienungsmentalität«, sagt Herrmann Palm vom niedersächsischen Landesrechnungshof.

Doch wie konnte es dazu kommen? Und warum tun die Ministerien nichts dagegen?

Inthronisierung der Könige

In der alten Gruppenuniversität war der Rektor nur ein Grüßaugust, der Urkunden übergab und zu Semesterbeginn eine Rede im Audimax hielt. Die wichtigsten Entscheidungen wurden zwischen Ministerien und Fakultäten ausgehandelt. In den Gremien gaben einflussreiche Professoren den Ton an.



Das System funktionierte leidlich, solange es genügend Geld für alle gab. In den letzten Jahrzehnten sparte die Politik jedoch zunehmend an den Hochschulen. Nicht mehr alles sollte überall gelehrt werden. Das Zauberwort hieß Profilbildung. Ganze Studiengänge sollten an manchen Unis abgeschafft werden. Nur: Wie die Kürzungen umsetzen – gegen den Widerstand der mächtigen Gremien?

Wolfgang Herrmann kann gut beschreiben, wie sein Bundesland, Bayern, mit der Zeit gegangen ist. Bei einem Mittagessen im Berliner Restaurant »Borchardt« lässt der Präsident die Reformen Revue passieren. Herrmann trägt ein Hemd mit eingestickten Initialen (»WAH«) und einen Siegelring. Der Präsident wird im Anschluss beim Deutschen Akademischen Austausch Dienst sprechen. Gelegentliche Reisen nach Berlin gehören zum Job dazu. Doch wichtiger sei, was in München passiert: »Sie müssen als Präsident in allererster Linie zu Hause sein und da Ihren Job machen.«

Herrmanns Kontakte in die bayerische Politik sind legendär. Sein Sohn Florian sitzt für die CSU im Bayerischen Landtag. Er selbst hat ebenfalls ein Parteibuch und sollte 2001 bayerischer Verbraucherschutzminister werden. Damals kam ihm ein Verfahren wegen Steuerhinterziehung dazwischen. Mit einem Strafbefehl über 45 000 DM war die Sache erledigt.

Der Präsident erinnert sich noch gut an die alten Zeiten. Allenfalls Mittellaß, sagt er, seien viele bayerische Unis gewesen. Das hätte auch den damaligen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber gestört. Schon kurz nach seinem Amtsantritt als TU-Präsident sei Stoiber zu ihm gekommen. »Der hat mich gefragt, wie man das System verbessern könnte«, erzählt Herrmann. »Dann haben wir eben das bayerische Hochschulgesetz neu gemacht.«

Herrmann wünschte sich mehr unternehmerische Elemente in den Hochschulen. Das entsprach ganz dem liberalen Zeitgeist der Jahrtausendwende – und den Vorstellungen Stoibers. 1998 verabschiedete der Landtag ein neues Gesetz, das auf Herrmanns Ideen zugeschnitten war. Es übertrug Kompetenzen vom Ministerium und den Gremien auf die Hochschulleitungen.

Was die Reform brachte, zeigte sich 2003 bei einem drastischen Sparprogramm der Bayerischen Staatsregierung. An allen Universitäten sollten zehn Prozent gespart werden. Man überließ es weitgehend den Präsidenten, Fakultäten und Studiengänge auszusortieren. Die Professoren und Studenten konnten sich nicht mehr wehren; der Widerstand war gebrochen. In anderen Bundesländern verabschiedeten die Regierungen ähnliche Gesetze. Neugeschaffene Hochschulräte, so die Idee, sollen jeweils die Präsidenten kontrollieren. Allerdings sind die häufig mit Wirtschaftsvertretern besetzt – die obendrein vom Präsidenten bestimmt werden. Im Hochschulrat der TU München sitzen etwa Peter Löscher, Vorstandsvorsitzender von Siemens, BMW-Anteilseignerin Susanne Klatten, die wohl reichste Frau Deutschlands, und der BMW-Chef Norbert Reithofer. Alle drei galten bislang nicht gerade als Hochschulexperten.

So kam es, dass die Präsidenten heute herrschen wie kleine Sonnenkönige. Und so kam es, dass einzelne an die Grenze des Erlaubten gehen können. Der damalige Präsident der TU Berlin zahlte seiner Kanzlerin 2008 ein stattliches Gehalt und



Jetzt kommen die Auswüchse der Reformen zum Vorschein. Die Habsucht mancher Präsidenten beispielsweise.

überließ ihr zudem günstig eine TU-Dienstwohnung. Die Staatsanwaltschaft ermittelte wegen Untreue; nach knapp drei Jahren wurde das Verfahren eingestellt. Das Präsidium der Uni Göttingen wollte unbedingt eine Professorin berufen und zahlte dafür auch deren Mietkosten bis zu 700 Euro – eine »rechts-widrige Überschreitung« der Besoldungsgrenze, stellte der Landesrechnungshof 2011 fest. Und in Lüneburg interessieren sich sogar EU-Korruptionswächter für die Arbeit des Präsidenten.

Herrscher baut Palast

Der Campus der Universität von Lüneburg liegt auf dem Gelände einer alten Bundeswehrkaserne. Seit dem Abzug der Soldaten gehört die Hochschule zu den wenigen großen Arbeitgebern der Stadt; die hübschen Backsteingebäude wurden zu Büros und Hörsälen umgebaut. Vor acht Jahren suchte die Universität einen neuen Präsidenten, der sie von der Zwangsfusion mit einer Fachhochschule heilen sollte. Zahlreiche Lehrstühle mussten gestrichen werden. Monatelang fand sich kein Kandidat, der die Aufgabe lösen wollte. Am Ende entschied sich die Hochschule für den 36-jährigen Sascha Spoun.

Der Wirtschaftswissenschaftler krepelte die Stiftungsuniversität um. Spoun verpasste ihr einen neuen Namen, »Leuphana«, ein neues Logo und ein modernes Studienmodell. Er machte Fächer dicht – und bei der Europäischen Union 64 Millionen Euro für regionale Wirtschaftsförderung locker.

Spoun zeigte ein Gespür für große Namen, zum Semesterbeginn lud er den früheren US-Präsidenten Jimmy Carter ein und erklärte in einem »Zeit«-Interview, die Universität müsse ein Ort sein, dem man mit Respekt begegne. Die Politik feierte seine hemdsärmelige Art, vor vier Jahren war die Leuphana Station der »Bildungsreise« von Bundeskanzlerin Angela Merkel. Weniger zufrieden zeigten sich einige Professoren der Leuphana

mit ihrem neuen Dienstherrn. Viele rümpften die Nase, schon weil Spoun nicht mal einen ordentlichen Professorentitel trug. Ihnen schmeckte auch nicht, dass Spoun Dutzende Professuren von externen Berufungskommissionen besetzen ließ. Besonders umstritten war eine Personalie, die bundesweit Aufsehen erregte. Eine Berufungskommission tagte 2007 im noblen Ritz Carlton in Wolfsburg. Sie schlug den Stararchitekten Daniel Libeskind als Professor für Architektur vor – dabei gibt es das Studienfach in Lüneburg überhaupt nicht.

Wenig später gab die Universität bekannt, dass Libeskind das neue Zentralgebäude der Leuphana entwerfen sollte. Einen futuristischen Neubau für stolze 60 Millionen Euro, finanziert zum großen Teil aus Mitteln des Landes und der EU. Bald wurde der Vorwurf der Mausehelei laut.

Im Mittelpunkt der Kritik stand Spouns Vizepräsident Holm Keller. Der ehemalige McKinsey-Manager kannte Daniel Libeskind schon länger. Eine mittlerweile aus dem Handelsregister gelöschte Firma, an der Keller beteiligt war, vermarktete Designervillen von Libeskind. Die Fassaden produzierte die Firma Rheinzink aus Datteln. Genau diese Firma kam nun auch als Sponsor beim neuen Zentralgebäude in Lüneburg zum Zuge. Voriges Jahr statteten Ermittler der EU-Anti-Korruptionsbehörde »Olaf« der Hochschule einen Besuch ab. Keller streitet jede Form von Interessenkonflikt ab. Die Uni verweist auf die damalige Wissenschaftsministerin, die den Ablauf als unbedenklich bezeichnet hätte.

Rebellen wider die Macht

Wenn der Kunstprofessor Pierangelo Maset sein Büro auf dem Campus in Lüneburg verlässt, steht er nach wenigen Schritten vor einer gewaltigen Baugrube. Hier soll bis Ende 2014 das neue Zentralgebäude entstehen. Für den geplanten Protzbau hat er

nur noch Sarkasmus übrig: »Auf das Libeskind-Audimax freue ich mich«, sagt er. »Damit werden wir ein Mahnmal für die grausamen Bildungsreformen der letzten Jahre haben, das uns lebenslang daran erinnern wird, was hier geschehen ist.«

Maset saß mehrere Jahre im Senat der Hochschule und geriet mehrfach mit dem Präsidium aneinander. Die Atmosphäre ist vergiftet. In einem Artikel für das Magazin der Anti-Korruptionsorganisation »Transparency International« schrieb Maset Kritisches über den Libeskind-Bau. Die Hochschulleitung setzte juristisch durch, dass die Korruptionshüter sich nicht mehr so darüber äußern dürfen. »Hier herrschen mittlerweile Verhältnisse, die ich als totalitär empfinde«, sagt Maset.

Sascha Spoun, der Präsident, sagt, das Zentralgebäude sei dringend erforderlich gewesen. Er setze jetzt nur um, was er vor seiner Wahl angekündigt habe. »Die starke Position muss man nutzen, aber man darf sie nicht ausnutzen«, sagt Spoun. »Ich sage den Kritikern immer, sie sollen die Leute an ihren Leistungen messen.« Seit Amtsantritt habe die Leuphana beispielsweise die Drittmittel für die Forschung verdreifacht.

Für Spoun ist es ein Konflikt zwischen altem und neuem Denken. »Die einen vergleichen uns mit der Gruppenuniversität der siebziger Jahre. Ich sehe uns dagegen im Wettstreit mit den Universitäten in Südkorea oder China. Diese Länder haben dramatisch aufgeholt«, sagt Spoun.

Das war die Idee: den neuen Präsidenten mehr Verantwortung zu übertragen, damit sie die deutschen Hochschulen für den internationalen Wettbewerb rüsten. Die Frage ist, wie souverän die neuen Herrscher ihre Ideen umsetzen.

In Lüneburg schreiben anonyme Blogger Suaden gegen die Arbeit des Präsidenten. Sascha Spoun sagt, dass jeder in Lüneburg

offen seine Meinung äußern dürfe. Die Blogger sehen das anders: Auf Anfrage wollen sie geheim bleiben, sie stünden im »Abhängigkeitsverhältnis zu Akteuren innerhalb der Universität«.

Die abgesagte Revolte

Die Politik erkennt erst langsam, dass die Präsidenten mehr Kontrolle brauchen. Die Regierung von Nordrhein-Westfalen plant eine Reform, um die Hochschulräte zu entmachten und dem Ministerium Befugnisse zurückzugeben.

An den Unis bleibt der Aufstand gegen die Sonnenkönige dagegen bislang aus. Überall in Deutschland schätzen Studenten und Professoren die Tatkraft ihrer Präsidenten. Wolfgang Herrmann zum Beispiel gilt an der TU München als beliebt. Die Studentenvertreterin Franziska Traube erklärt, dass der Präsident regelmäßige Treffen anberaume und offen sei für Kritik. Hermann selbst betont immer wieder, wie wichtig ihm die Meinung der Gremien sei. Doch kann man sich darüber wirklich freuen? Im Moment hängt die Mitbestimmung vom Wohlwollen der Präsidenten ab. Kommendes Jahr läuft Herrmanns Vertrag aus. Falls er nicht wieder antritt – wie wird der Nachfolger mit der Machtfülle umgehen?

An der Leuphana-Universität wurde der Vertrag von Präsident Sascha Spoun im Frühjahr verlängert. Reibungslos lief die Wahl nicht ab. Der Senat ließ den Vizepräsidenten Holm Keller bei einer ersten Abstimmung im letzten Jahr durchfallen. Daraufhin nahm Spoun seine eigene Wahl einfach nicht an. Als in diesem Frühjahr ein neuer Senat im Amt war, beraumte Spoun kurzfristig eine zweite Wahl an. Dieses Mal wurde auch Vizepräsident Keller bestätigt. Die neue Amtszeit der beiden beträgt acht Jahre. Der Präsident sitzt sicher auf seinem Thron.

